

**Kommission zu Fragen der Migration und Teilhabe**

(12. - öffentliche - Sitzung am 16. Juni 2020)

**Beratungsthemen:**

1. **„Landesprogramm gegen Rechtsextremismus - für Demokratie und Menschenrechte“**

Beratung und Beschlussfassung über Erörterungsgegenstände (§ 2 Abs. 3 der besonderen GO i. V. m. § 18 b Abs. 1 GO LT)

Die Kommission setzte die Unterrichtung durch die Landesregierung zum Themenfeld „Migrationspolitischer Ansatz des Landes Niedersachsen“ fort und führte darüber eine Aussprache.

2. **„NIR-Positionspapier Rassismus: Rassismus und Diskriminierung sind alltäglich und gehen uns alle an“**

Beratung und Beschlussfassung über Erörterungsgegenstände (§ 2 Abs. 3 der besonderen GO i. V. m. § 18 b Abs. 1 GO LT)

Die Kommission nahm eine Unterrichtung durch die Landesregierung entgegen und führte darüber eine Aussprache. Sodann stimmte sie dem vorliegenden Positionspapier - mit einer Gegenstimme - zu.

3. **„Empfehlung zu den Haushaltsplanungen im Bereich Migration für 2020 ff.“**

Beratung und Beschlussfassung über Erörterungsgegenstände (§ 2 Abs. 3 der besonderen GO i. V. m. § 18 b Abs. 1 GO LT)

Dieser Tagesordnungspunkt wurde aus Zeitgründen verschoben.

4. **„NIR-Positionspapier: Verankerung der Migrations- und Integrationsbeiräte in der Niedersächsischen Kommunalverfassung“**

Beratung und Beschlussfassung über Erörterungsgegenstände (§ 2 Abs. 3 der besonderen GO i. V. m. § 18 b Abs. 1 GO LT)

Dieser Tagesordnungspunkt wurde aus organisatorischen Gründen verschoben.

5. **Verschiedenes**

Die Kommission diskutierte darüber, ob künftig ein Zeitrahmen für die jeweils geplanten Tagesordnungspunkte - insbesondere für Unterrichtungen durch die Landesregierung - vorgesehen werden solle, um genügend Raum für die Aussprache und die Diskussion zu gewährleisten. Im Zuge dessen wurde ebenfalls angedacht, die Sitzungsdauer auf drei Stunden auszuweiten.

Ferner einigten sich die Kommissionsmitglieder darauf, die Landesregierung künftig vermehrt vorab um schriftliche Unterrichtungen zu bitten.

Schließlich kamen die Kommissionsmitglieder überein, Änderungsvorschläge zu vorliegenden Anträgen, Positionspapieren etc. bereits im Vorfeld der Beratung schriftlich zu übersenden.